



Mehr Wissen.
Mehr Können.
Mehr Zukunft.

FREIE WÄHLER

Postvertriebsstück Nr.: 08837

JAHRHUNDERTHOCHWASSER 2013: STREIT UM VERANTWORTUNG, VERSÄUMNISSE UND NEUE LÖSUNGEN



Oppositionsarbeit im Bayerischen Landtag erfordert eine ganze Menge Frustrationstoleranz: Als FREIER WÄHLER muss man sich daran gewöhnen, dass eigene Vorschläge immer wieder abgelehnt werden, nur um einige Monate später unter dem Namen einer anderen Fraktion – in der Regel CSU oder FDP – als großartige neue Idee wieder aufzutau-chen. Zwar können wir auch solche „indirekt“ erzielten Ergebnisse als einen Erfolg in der Sache verbuchen, bei brennenden Problemen ist das aber nur ein schwacher Trost. So etwa beim Hochwasserschutz: Seit 2009 fordert die FREIE WÄHLER - Landtagsfraktion beharrlich, den Ausbau des Hochwasserschutzes im Freistaat zu forcieren, hierfür auch deutlich mehr Mittel bereitzustellen und stattdessen problematische Staustufenprojekte zu streichen. Zwar sicherte die Staatsregierung beispielsweise noch im Januar 2013 zu, den in Zusammenhang mit dem Streit um den Donnauausbau auf die lange Bank geschobenen Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen nun „zügig umzusetzen“. Doch auch dieses halbherzige Versprechen kam zur Verhinderung der diesjährigen Katastrophe zu spät. So hat mit den Aufräumarbeiten auch die Suche nach Versäumnissen, Verantwortlichkeiten und besseren Lösungen begonnen.

Für den Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger steht dabei fest: „Viele der nun zu beklagenden Schäden wären vermeidbar gewesen, wenn die Staatsregierung früher gehandelt hätte. Die Hochwasserlage in Passau hätte sich nicht in dieser Form zugespitzt und auch der Dammbbruch in Winzer wäre wohl nicht passiert, wenn donauaufwärts in den Poldergebieten gezielte Überflutungsmöglichkeiten geschaffen worden wären, um die Wassermassen schon dort aus dem Fluss zu nehmen.“ Die großen Schäden 2013 wurden aber nicht allein durch die über die Ufer tretenden Flüsse verursacht. Verschärfend kam der Starkregen mit bis zu 200 Litern pro Quadratmeter innerhalb von nur 72 Stunden hinzu. An wenigen Tagen fiel damit mehr Niederschlag als normalerweise in einem ganzen Monat. Weil diese Wassermassen nicht schnell genug abfließen konnten, stieg das Grundwasser stark an; die gesättigten Böden konnten das überlaufende Flusswasser nicht zusätzlich aufnehmen. Hochwasserschutz wird deshalb künftig noch mehr auf solche Szenarien abgestellt werden müssen, denn Experten zufolge ist aufgrund der Klimaerwärmung auch in Zukunft gehäuft mit extremen Niederschlägen zu rechnen. Eine andere vorrangige Maßnahme ist der

Stopp der fortschreitenden Versiegelung des Bodens, so Ulrike Müller, MdL und agrarpolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER - Landtagsfraktion: „Täglich gehen mehr als 20 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche durch Versiegelung unwiederbringlich verloren.“ So wundert es nicht, dass im Rahmen gegenseitiger Vorwürfe von einigen Kritikern die Landwirte als Schuldige ausgemacht und von Ministerpräsident Seehofer gar die Enteignung landwirtschaftlicher Flächen zur Schaffung weiterer Überflutungsmöglichkeiten ins Gespräch gebracht wurde. Hiervon halten Müller und ihr Fraktionskollege Dr. Hans Jürgen Fahn gar nichts. „Was soll es bringen, einen Gegensatz zwischen Landwirten und den Dörfern und Städten zu konstruieren, in denen sie selbst wohnen? Wir benötigen gangbare Kompromisse – die Landwirte werden sich dem nicht verschließen. Ihnen müssen aber auch ein Ersatz für Ertragsverluste oder Ausweichflächen angeboten werden“, stellt Fahn fest. Ein Teil der großen Schäden in Städten und Siedlungen sind aber auch baulichen Mängeln und falscher Bauplanung zuzuschreiben. Über besondere Auflagen bei Baugenehmigungen könnte künftig in hochwassergefährdeten Gebieten ein besserer individueller Gebäudeschutz vor eindringendem Wasser

erzungen werden. „Keine erstrebenswerte Maßnahme“, meint dazu allerdings Hubert Aiwanger. Angesichts der Häufung von Hochwasserkatastrophen in den vergangenen Jahren müssten aber alle Möglichkeiten geprüft werden. Mit einem Dringlichkeitsantrag haben die FREIEN WÄHLER die Staatsregierung deshalb Mitte Juni aufgefordert, zügig ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept zu erarbeiten. Gleichzeitig legte die Fraktion der Bayerischen Staatsregierung einen Katalog mit zehn Fragen vor. Dieser reicht inhaltlich von der Effizienz bestehender Prognose- und Warnsysteme über Erfahrungswerte mit dem bisherigen Hochwasserschutz sowie den Katastropheneinsätzen bis hin zu versicherungsrechtlichen Fragen und Überlegungen zur Einrichtung eines dauerhaften Katastrophenfonds.

Aiwanger hatte sich auf dem Höhepunkt der Flutwelle am 4. und 5. Juni unter anderem in Passau und in Hengersberg bei Deggendorf selbst ein Bild von der dramatischen Situation vor Ort gemacht. Der Fraktionsvorsitzende der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag zeigte sich beeindruckt von der enormen Leistung der Einsatzkräfte einschließlich der Bundeswehr, von der guten Koordinierungsarbeit der Regierung in Niederbayern und der großen Hilfsbereitschaft Freiwilliger. Zugleich kritisierte Aiwanger das Fehlen von Sandsäcken, die zu spät eingetroffenen Wetterwarnungen und Nachwuchsprobleme im Katastrophenschutz. „Es wird immer schwieriger, genügend Kräfte von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Bundeswehr mobilisieren zu können, um bei Krisen wie der aktuellen Hochwasser-



situation oder bei Schneekatastrophen das Leben sowie Hab und Gut der Menschen zu schützen. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund immer häufigerer Naturkatastrophen in den letzten Jahren extrem wichtig.“ Insbesondere die Aussetzung der Wehrpflicht und des Ersatzdienstes reiße große Löcher. Deshalb müsse das Ehrenamt bei Feuerwehr, THW, Wasserwacht und weiteren Einsatzkräften gestärkt, aber auch ein weiterer Personalabbau bei der Bundeswehr verhindert werden.

„Es war überwältigend zu sehen, wie Nachbarn, Bekannte und viele Freiwillige sich in Notlagen helfen. Aber wenn bei drohenden Überflutungen die Bürger über Facebook zur Hilfe aufgerufen werden, zeigt dies vor allem eines: Die Personal- und Materialressourcen beim Katastrophenschutz reichen nicht mehr aus, wenn die wenigen Einsatzkräfte an vielen Orten gleichzeitig gebraucht werden.“

Redaktion BKB

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN!

Im Herbst wird ein neuer Landtag gewählt und zum ersten Mal seit über 50 Jahren besteht dabei die Chance, dass politische Inhalte vom Wähler bestimmt werden können: Bessere Bildungspolitik – von der Qualitätsverbesserung im frühkindlichen Bereich bis zum wahlfreien G9 – die Stärkung des ländlichen Raums, Ausbau der erneuerbaren Energien unter Einbeziehung der Menschen vor Ort, Donauhochwasserschutz ohne Staustufe, ein Nein zur dritten Startbahn in München, dafür die Stärkung des Flughafens Nürnberg. Das sind nur einige der Punkte, die uns FREIEN WÄHLERN wichtig sind, die aber als Oppositionsvorschläge abgeschmettert wurden. Deshalb geht es bei den Wahlen im Herbst neben den politischen Inhalten auch um den politischen Stil. Schlechter politischer Stil ist es, Oppositionsvorschläge systematisch abzublocken, so dass viele gute Ideen gar nicht oder erst verspätet zum Zug kommen, wie etwa im Fall der Energiewende, beim Ausbau des schnellen Internets oder der Abschaffung der Studiengebühren.

Uns ist ein fairer und kooperativer Umgang der Regierung mit der Opposition gerade auch deshalb wichtig, weil man politische Fortschritte leichter erreicht, wenn man die Potenziale einer gesamten Gruppe einbezieht und nicht knapp die Hälfte der Personen von der Mitarbeit aussperrt. Dies zeigen die Kommunalpolitik und die allgemeine Lebenserfahrung. Die FREIEN WÄHLER wollen ihre Ideen einbringen: in der Kommune, im Bezirk, in Land, Bund und Europa. Die vor uns stehenden Wahlen sind die Chance dazu. Nutzen wir sie – auf allen Ebenen!

Ihr Hubert Aiwanger
Bundes- und Landesvorsitzender



„GLÄSERNE KINDER“ IN GEFAHR: FALSCHER FACEBOOK-FREUNDE

Das soziale Netzwerk Facebook steht hoch im Kurs. Über Facebook lassen sich mehr Bürgerinnen und Bürger erreichen als mit jeder Tageszeitung, selbst die Reichweite populärer Fernsehsendungen verblasst dagegen: Mindestens jede(r) zweite Internetnutzer(in) geht in Deutschland mindestens einmal monatlich auf die Facebook-Seite, bereits im Mai 2012 betrug die Zahl der Facebook-Besuche laut dem Statistik-Portal Statista 39,3 Millionen User, weit vor Xing (4,9 Millionen) und dem oft überschätzten Dienst Twitter (4,4 Millionen).

daher schon deswegen bedenklich, weil „das Internet“ praktisch nichts vergisst. Viel dramatischer noch ist der Sicherheitsaspekt: Wer öffentlich in Facebook preisgibt, dass er sich gerade wochenlang im Ausland befindet, lädt geradezu Einbrecher zu einem Hausbesuch ein. Und Kindern drohen zudem „unangenehme Kontakte“ über falsche Facebook-Freunde – nicht weniger als 16 Prozent der 12 bis 13-jährigen wurden der KIM-Studie zufolge bereits belästigt: „Neben der Konfrontation mit ungeeigneten Inhalten kann auch der Kontakt zu Fremden im Internet für Kinder

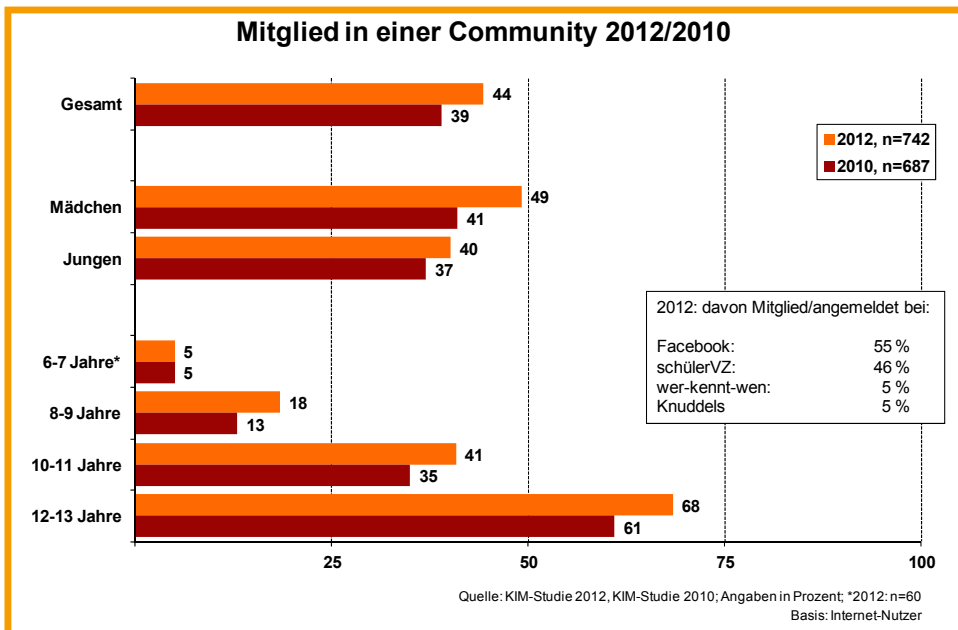
lich gewollt. Über die immer wieder zu kontrollierenden Sicherheitseinstellungen eines Facebook-Accounts lässt sich ohne weiteres regeln, wer beispielsweise private Fotos von einer Geburtstagsfeier zu sehen bekommt.

Wir sollten Facebook nicht verteufeln, denn dieses Netzwerk hat auch wichtige Vorteile: Facebook ist bequem zu bedienen, gerade für öffentliche Veranstaltungen ist die Einladung über Facebook schnell umgesetzt und steigert die Aufmerksamkeit erheblich und es lassen sich wertvolle neue Kontakte knüpfen. Auf allen politischen Ebenen sollten wir uns jedoch dafür einsetzen, den Datenmissbrauch via Facebook wirkungsvoll und nicht nur mit schönen Worten einzuschränken.

„Gläserne Kinder“ können vor allem nicht in unserem Interesse sein. Ob es uns nun gefällt oder nicht – wir müssen jetzt handeln und beispielsweise auch über verpflichtende sichere Identifizierungsverfahren beim Anlegen von Accounts intensiv nachdenken. Und über Verfahren, die Kinder vor unangenehmen Kontakten schützen. Mit geprüften Identitäten, die dann natürlich wiederum nicht etwa für Werbezwecke missbraucht werden dürfen, ließe sich auch das teilweise sehr üble Mobbing im Netz wirkungsvoll unterbinden oder wenigstens erschweren.

Für Organisationen gilt der Grundsatz, dass sie niemals durch exklusive Informationen nur auf Facebook die Netzgemeinde zwingen dürfen, diesen Dienst zu nutzen: Alle Informationen sollten nicht nur auf Facebook stehen – sondern zumindest auch auf einer öffentlich zugänglichen Webseite.

Peter Knoll



Ständiger Begleiter: Fast die Hälfte der Kinder von 6 bis 13 tummelt sich in einem sozialen Netz. 55 Prozent davon nutzen Facebook.

Leider befinden sich unter den aktiven Nutzern längst nicht nur diejenigen, an die sich Facebook offiziell richtet: Nach der aktuellen KIM-Studie, herausgegeben vom Medienpädagogischen Forschungsverband Südwest, ist Facebook auch bei Kindern das mit Abstand beliebteste Netzwerk geworden. 44 Prozent der Internetnutzer im Alter zwischen sechs und 13 Jahren sind in einer Community angemeldet. 55 Prozent der unter 13-jährigen, die sich in einem sozialen Netzwerk tummeln, nutzen mit Facebook einen Dienst, der zumindest seinen Nutzungsbedingungen zufolge die Nutzung gar nicht gestattet. Sie laden Fotos hoch, tauschen sich über Facebook aus, laden zu Grillpartys ein und vieles mehr.

Gefährliche Entwicklung

Warum gibt diese Entwicklung Anlass zur Sorge? Vor allem aus zwei Gründen: Kinder gehen mit persönlichen Informationen, sei es über sich, sei es zu ihrem engsten Umfeld, oft recht sorglos um. Wenn ein Erwachsener persönliche Daten der Öffentlichkeit preisgibt, weiß er in der Regel, welche Konsequenzen dies für ihn haben kann. Ein Kind ist sich darüber nicht immer im Klaren. Diese teilweise Aufgabe der Privatsphäre ist

unangenehm oder ängstigend sein. (...) Die Zwölf- bis 13-jährigen haben am häufigsten unangenehme Erfahrungen mit Fremden im Internet gemacht (6-7 Jahre: 4 %, 8-9 Jahre: 8 %, 10-11 Jahre: 8 %, 12-13 Jahre: 16 %). Dabei entsteht der Kontakt zu fremden Personen oftmals über die eigene Online-Community: 32 Prozent der Kinder, die schon einmal im Internet belästigt wurden, haben diese Erfahrung auf Facebook gemacht, 19 Prozent nennen das Netzwerk SchülerVZ. Weitere 16 Prozent haben in einem nicht näher definierten Chatroom Bekanntschaft mit unangenehmen Personen gemacht.“

Konsequenzen aus der KIM-Studie

Welche Konsequenzen sollten wir als verantwortlich handelnde Politiker und Politikerinnen aus der Verbreitung von Facebook ziehen? Diesen Dienst ignorieren können wir, sehr zum Bedauern vieler Kolleginnen und Kollegen, leider nicht. Ein eigener Facebook-Auftritt ist heute Pflicht für jede größere Gemeinde, jede politische Organisation und sogar für jede(n) Bewerber(in) für ein politisches Amt. Doch wir sollten zugleich stets eine klare Grenze ziehen und über Facebook nicht mehr persönliche Daten bekannt geben als wirk-

INHALT

-  Seite 1
Jahrhunderthochwasser 2013
-  Seite 2
Gemeinsam Ziele erreichen
Hubert Aiwanger
-  Seite 3
Falsche Facebook-Freunde
-  Seite 4
Der Trick mit den Verständnisschleifen
-  Seite 5
Studienfahrt des Bildungswerkes Schwaben nach Garching
-  Seite 6
Studienfahrt nach Luxemburg
-  Seite 7
Seminarübersicht des BKB im 2. Halbjahr 2013
-  Seite 8
A. Muthmann:
Eine verpasste Chance für Bayern
-  Seite 8
Neue Angebote für Bürgermeister-Kandidaten/-innen
-  Seite 8
Arbeitstreffen in der Kapitänskajüte

DER TRICK MIT DEN VERSTÄNDNISSCHLEIFEN

KOMMUNIKATION – SO ALLTÄGLICH UND DOCH SO HERAUSFORDERND



Kommunikation ist alltäglich und verläuft scheinbar selbstverständlich - solange man sich gut versteht. Nun gibt es aber überall, wo Menschen zusammentreffen, nicht nur Harmonie und Einverständnis, sondern auch Spannungen und Konflikte: in der Familie ebenso wie im Beruf, in der Freizeit und ganz zweifellos auch in der Politik. Wie lassen sich diese Probleme lösen oder im besten Fall schon vorher vermeiden?

Im Allgemeinen bedienen wir uns unterschiedlicher Strategien im Umgang mit Konflikten. Die „Kopf-in-den-Sand-Methode“ ist dabei besonders beliebt, sie schiebt das Problem aber nur auf. Unter der Oberfläche brodeln das Thema weiter, ist dort Gegenstand willkürlicher Interpretationen, wird immer konfliktgeladener und taucht bei nächster Gelegenheit in anderer Form wieder auf.

„Gedacht ist noch nicht gesagt,
gesagt ist noch nicht gehört,
gehört ist noch nicht verstanden,
verstanden ist noch nicht einverstanden,
einverstanden ist noch nicht angewendet,
und angewendet ist noch nicht beibehalten.“
Konrad Lorenz

Häufig führen auch Zeitmangel, Angst, Wut oder Hilflosigkeit dazu, dass ein Konflikt zu einem emotional verfahrenen Kampf eskaliert. Eher selten gelingt es hingegen, die positive Seite von Konflikten zu sehen: Reibungen und Probleme sind ja meist Anzeichen für eine notwendige Veränderung und bieten

die Chance, Dinge neu zu überdenken, anders miteinander in Kontakt zu treten und bessere Wege für die Zukunft zu entdecken.

Ein gutes Miteinander hängt maßgeblich davon ab, mit welchem Menschenbild wir einander begegnen. Da ich den anderen ja bekanntlich nicht ändern kann, fange ich bei mir selbst an: Wie reagiere ich denn auf Menschen, die andere Meinungen, Vorstellungen und Erwartungen haben? Halte ich die Wünsche und Bedürfnisse des anderen für genauso wichtig wie meine? Will ich einfach nur meine Meinung durchsetzen oder möchte ich in einen Dialog treten mit meinem Gegenüber? Wann brauche ich Empathie von anderen, wann bin ich bereit, sie auch zu geben? Rede ich lieber oder kann ich auch zuhören? Nun geht es freilich nicht nur darum, sein Gegenüber mit Samthandschuhen anzufassen, für alles Verständnis zu zeigen und dabei womöglich seine eigenen Ziele aus den Augen zu verlieren. Bei aller Offenheit, Empathie und Fairness möchte ich ja selbst mit meinen Wünschen und Interessen gehört werden und meine Argumente möglichst überzeugend einbringen können.

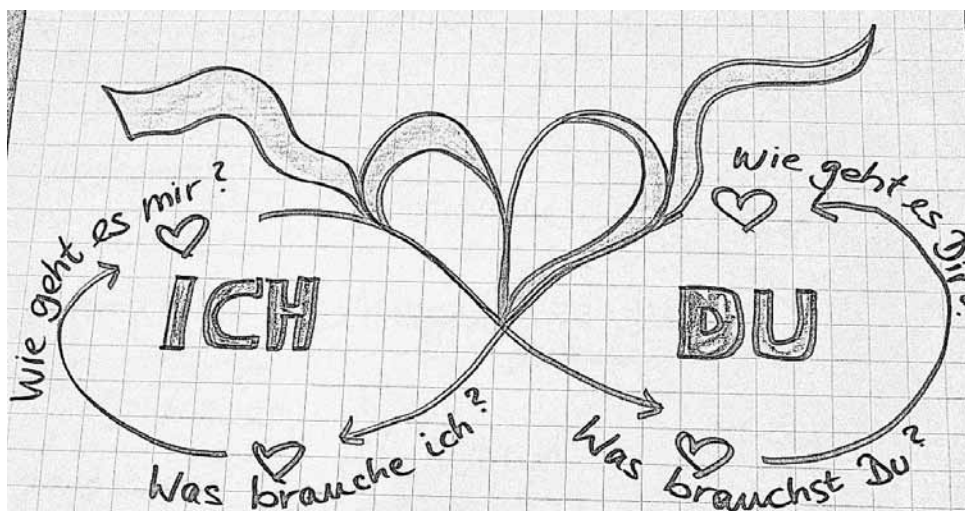
Die „Ich und Du-Schleife“

„Gute“ Kommunikation, in der beide Seiten gleichermaßen zu Wort kommen und gehört werden, ist eigentlich ganz einfach: In sich immer weiter entwickelnden Schleifen erzählt zunächst einer, was ihn stört, der andere fragt nach, führt seine Sicht der Dinge an, während der erste gut zuhört, usw.. Je mehr

ich über den anderen weiß und der andere über mich, umso mehr verändern sich auch die Sichtweisen. Es steigt die Bereitschaft, einander zuzuhören. Überhaupt macht es keinen Sinn über Lösungen nachzudenken, bevor man das Problem nicht richtig verstanden hat.

Im Kern geht es in der Ich-Schleife darum, wie ich dem anderen vorwurfsfrei sagen kann, was mich stört, ohne ihn damit unter Druck zu setzen. Wenn ich es schaffe, meine Erwartungen zu formulieren, ohne den anderen zu beschuldigen oder zu kritisieren, steigt die Chance immens, dass er meinen Ideen und Wünschen wirklich zuhört, ohne gleich zum Gegenschlag auszuholen.

Auf Basis des hier vorgestellten Kommunikationsmodells bieten wir ab Herbst vier neue Seminare im Programm des Bildungswerks für Kommunalpolitik an:
„Das A & O konstruktiver Kommunikation“
„Wer fragt, der führt“
„Moderation“
„Grundlagen der Mediation“
Die Angebote finden Sie auf den Seiten Ihres Bezirks; weitere Details zum Angebot finden Sie auf unserer Homepage unter www.bkb-bayern.de/theme.html



Ich und Du-Schleife

© Kristina Henry

BESTELLUNG UNTER WWW.BKB-BAYERN.DE/BESTELLUNG.HTML

LEITFADEN PRESSEARBEIT

www.bkb-bayern.de



Die Ich-Schleife basiert auf dem Konzept der gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg. Hier erzähle ich nur von mir. Das setzt voraus, dass ich auch weiß, was ich überhaupt will. Die Ich-Schleife hilft dabei, das herauszufinden und angemessen zu formulieren.

In der Du-Schleife interessiere ich mich dafür, was beim anderen los ist: Was will er genau, was erwartet er, was sind seine Motivationen? Ich versetze mich in die Situation des anderen und hake nach, um mich in seine Themen einfühlen zu können. Jetzt stelle ich meine eigenen Bedürfnisse zurück und versuche mit der Methode des „Aktiven Zuhörens“ den anderen zu verstehen.

Verständnis steht vor Lösungen

Die Trennung von Problemanalyse und Lösungssuche ist ein großer Vorteil dieser Art der Konfliktbewältigung. Nur so oft werden Lösungen entwickelt, ohne das Problem wirklich verstanden zu haben. Dies führt schnell auf den Holzweg. Ein erfolgreicher Verständnisprozess ist leicht an der zunehmenden Entspannung der Beteiligten erkennbar. Erst mit wachsendem Verständnis wächst auch die Bereitschaft, gemeinsam kreativ über Lösungen nachzudenken, mit denen beide Seiten zufrieden sind. In den meisten Fällen sehen die Lösungen, die nach der Ich und Du-Schleife entstanden sind, ganz anders aus, als man zu Beginn des Gesprächs dachte.

Die Ich und Du-Schleife ist wie eine Schleife auf einem Geschenkpaket, in dem sich nachhaltigere Lösungen mit Überraschungseffekt befinden.

Kristina Henry, Mediatorin
www.mediation-henry.de

STUDIENFAHRT DES BILDUNGSWERKES SCHWABEN NACH GARCHING

Innovative Projekte der Energiewende hat sich Stadträtin und 3. Bürgermeisterin, aber auch Bildungsbeauftragte des BKB für Schwaben, Waltraut Wellenhofer aus Bobingen auf ihre Fahnen geschrieben. In Zusammenarbeit mit den Freien Wählern Schwabmünchen organisierte sie mit Stadtrat und Architekt Gerhard Birkle und der Ortsvorsitzenden, Stadträtin und 3. Bürgermeisterin Christa Courvoisier diese Fahrt. Beteiligt waren neben interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch Stadtrat Christian Weis, Stadt- und Kreisrat Frank Weiher, Stadtrat Michael Großmann und Schriftführerin Regina Courvoisier.

Geothermie: Wärme aus der Tiefe in der Stadt Garching, Landkreis München.

Geothermie entstand als Nebenprodukt. Auf der Suche nach Erdgas und Erdöl mit ca. 250 Bohrungen in Bayern stieß man auf die wasserführende weiße Juralkalkschicht, den Malm. Dieser taucht unter den Alpen bis zu 7000 m ins Erdinnere ein. Das im Malm fließende Wasser wird durch die in der Tiefe zunehmende Erdwärme erhitzt. An 24 Standorten in Bayern südlich der Donau wird das heiße Wasser (bis ca. 150 Grad C) als konstante Energiequelle genutzt oder es besteht dafür eine Planung. Ohne CO₂, Feinstaub oder Stickoxyde wird Fernwärme für Haushalte, öffentliche Gebäude, Industrie und Handwerk geliefert und außerdem in Kraftwerken elektrische Energie zum Einspeisen ins Stromnetz erzeugt. Interessant in der Entwicklung ist, dass Erdwärmewasser zunächst als Thermal- und Heilwasser genutzt wurde wie z.B. in Bad Füssing.

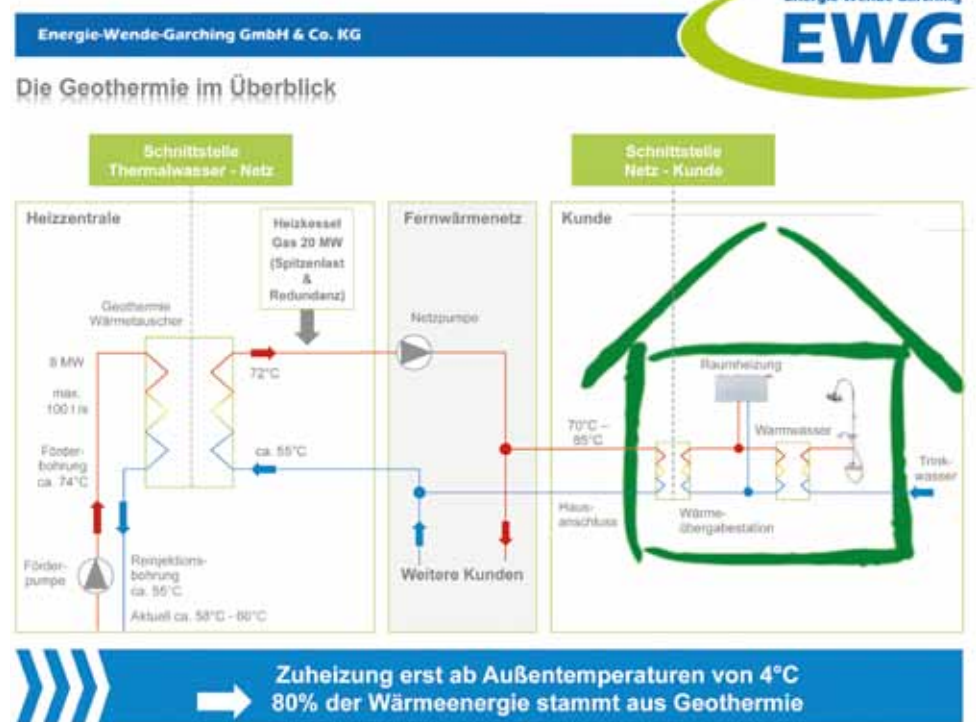
E W G – Energiewende Garching - Geothermie in Garching:

Der 2. Bürgermeister Peter Riedl, begleitet vom neuen Co-Geschäftsführer, Diplomphysiker Christian Nolte, stellte den Garchinger Weg vor.

Die Stadt Garching hat ca. 17.000 Einwohner. Sie ist ein bedeutender Hochschulstandort der TU München. Seit Jahren beschäftigen sich Garchings Bürger mit Klimaschutzkonzepten. Zunächst entstanden Solaranlagen, 2005 entstand dann das Konzept der Geothermie, welches als Projekt von einem Investor begründet und aufgebaut wurde. Neben einem weiteren Investor, der auch Risikokapital beigesteuert hatte, beteiligte sich Garching 2008 an der „Energie-Wende-Garching“ mit einem Drittelanteil. Als der Erstinvestor ausstieg, stockte die Stadt Garching ihre Einlage per Stadtratsbeschluss im Februar 2013 auf die Hälfte der Anteile auf.

Vom Bohrplatz mit der Förderpumpe wird das Thermalwasser mit ca. 74°C in das Heizwerk transportiert. Über Wärmetauscher wird die Wärme in das Wärmeverbrauchernetz überführt. Das abgekühlte Thermalwasser wird im Nahbereich wieder durch eine Re-Injektions-

Quelle: Energie-Wende-Garching: Die Geothermie im Überblick



bohrung in die Erdreichtiefen zurückgeführt. Die Wärme aus dem Wärmetauscher kommt zu den Verbrauchern. Bei einer Außentemperatur unter 4 Grad Celsius wird mit Gas zugeheizt (bisher mit Öl). Der Gasanschluss ist im jetzigen Heizwerk hergestellt worden. 80% der Wärmeenergie stammt aus der Geothermie.1)

Im Jahr 2012 wurden ca. 1000 Haushalte mit Wärme versorgt mit ca. 6,8 GWh Verbrauch, für 2013 sind ohne Neukunden 8,2 GWh geplant. Das Gewerbe wird seine Abnahme von 1,9 GWh voraussichtlich auf 6,4 GWh erhöhen, die Institute von 1,3 auf 2,7 GWh, Kommune und Kirche von 1,5 auf 2,0 GWh.

Ein Vergleich ist interessant: Seit 2011 wurden insgesamt 5,8 GWh, 2012 schon 11,5 GWh und dieses Jahr werden ca. 19,3 GWh an die angeschlossenen Verbraucher übergeben.

Ein weiterer Anschluss von Neukunden ist geplant. Möglich sind mit dem aktuellen Aufbau 65 GWh, jedoch mit einem geringeren Anteil an Geothermie. Die EWG wird in Zukunft Konzepte entwickeln, die einen höheren Energieabsatz bei einer gleichzeitig höheren Nutzung der geothermischen Energie möglich machen, so Bürgermeister Riedl. Im Ratssaal des Rathauses Garching wurden Infos ausgetauscht und den Verantwortlichen für die Gastfreundschaft gedankt.

Die Stadt Salzburg mit ihren historischen, modernen wirtschaftlichen und kulturellen Highlights war ebenso Anlaufpunkt dieser Stippvisite, wie die historische Salzgewinnung, die sich im Berchtesgadener Land zu einem modernen, bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hat.

Waltraut Wellenhofer

**Wir sind umgezogen:
Berndorfer Straße 18
95349 Thurnau**

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, **Berndorfer Straße 18**, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: bkb-bayern@t-online.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum **20. September 2013**, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

SEMINARÜBERSICHT DES BILDUNGSWERKES IM 2. HALBJAHR 2013

September

Fr., 6.9. – So., 8.9.	Wir bereiten Sie auf die Wahl vor - Coaching für Kandidaten	Dehler	Oberfranken
Fr., 6.9.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Unterfranken Hausen
Sa., 7.9.	Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit dem CMS TYPO3	Schmitz M.	Niederbayern
Fr., 13.9.	Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur	Stock	Oberpfalz
Sa., 14.9.	Streitgespräche und Konflikte - wie geht man damit um?	Flieser	Oberpfalz
Sa., 14.9.	Kommunikationstraining mit neuen Medien-Internet-Facebook	A. Schmitz	Schwaben
Fr., 20.9.	Modernes Kommunalmanagement	Stallmeister	Mittelfranken Rednitzhembach
Fr., 20.9.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Unterfranken, Steinfeld MSP
Fr., 27.9.	Vergaberecht	Schaller	Schwaben
Fr., 27.9.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Unterfranken, Saal a. d. Saale
Sa., 28.9.	So gewinnen Sie die nächste Wahl	Knoll	Oberfranken, Münchberg
Sa., 28.9.	Rhetorik I	Dehler	Niederbayern
So., 29.9.	Rhetorik II	Dehler	Niederbayern

Oktober

Fr., 4.10. – So., 6.10.	Wir bereiten Sie auf die Wahl vor - Coaching für Kandidaten	Dehler	Oberfranken, Coburg
Fr., 4.10.	Mobilität in Städten und Gemeinden	Stock	Schwaben
Fr., 4.10.	Jugendarbeit in der Kommune-Investition in die Zukunft	Ziegler	Oberpfalz
Fr., 4.10.	Der erste Eindruck ist oft entscheidend	Portele	Unterfranken
Sa., 5.10.	Kommunikationstraining für den Nachwuchs	A. Schmitz	Niederbayern
Fr., 11.10.	Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in den kommunalen Gremien	Grill	Oberpfalz
Fr., 11.10.	Rhetorik 2, Teil 1	Dehler	Mittelfranken, Kammerstein
Fr., 11.10.	Straßenausbaubeitragsrecht	Neubauer	Unterfranken, Arnstein
Sa., 12.10.	Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit dem CMS TYPO3	Schmitz M.	Oberpfalz
Sa., 12.10.	Städtebauliche Erneuerung in Städten, Märkten und Dörfern	Grill	Oberbayern.-Ost
Sa., 12.10.	Kommunikationstraining - Präsentationen und öffentlicher Auftritt in der Kommunalpolitik	A. Schmitz	Schwaben
Fr., 18.10.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Unterfranken, Mellrichstadt
Fr., 18.10.	Rhetorik 2, Teil 2	Dehler	Mittelfranken, Kammerstein
Sa., 19.10.	Soziale Netzwerke - sinnvolle und sichere Profile	Vetter	Oberfranken, Untersteinach
Sa., 19.10.	Rhetorik 1	Dehler	Mittelfranken, Schnaittach
So., 20.10.	Rhetorik 2	Dehler	Mittelfranken, Schnaittach
Fr., 25.10.	Transparenz in der Kommunalverwaltung	Stallmeister	Oberbayern.-West
Fr., 25.10.	Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden	Stock	Oberpfalz
Fr., 25.10.	Kommunale Rechnungsprüfung-Verantwortung und Chance	Puchta	Mittelfranken
Fr., 25.10.	Das A & O der Kommunikation	Portele	Unterfranken
Sa., 26.10.	So gewinnen Sie die neue Wahl mit neuen Medien	Knoll	Schwaben
Sa., 26.10.	Die richtige Präsentation der eigenen Person	Portele	Niederbayern
Sa., 26.10.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Oberfranken, Eckersdorf

November

Sa., 2.11.	Jugendarbeit in der Kommune-Investition in die Zukunft	Ziegler	Oberfranken, Münchberg
Fr., 8.11. – So., 10.11.	Wir bereiten Sie auf die Wahl vor - Coaching für Kandidaten	Dehler	Oberfranken, Coburg
Fr., 8.11.	Praxis als Bürgermeister und Gemeinderat	Stallmeister	Niederbayern
Fr., 8.11.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Mittelfranken
Sa., 9.11.	Vermittlung in Konflikten	Henry	Oberpfalz
Sa., 9.11.	Von der Kameralistik zur Doppik	Neubauer	Mittelfranken
Sa., 9.11.	Argumentieren und Verhandeln II	Portele	Oberbayern.-Ost, Altötting
Fr., 15.11.	Die Bayerische Bauordnung aktuell	Wagner	Unterfranken
Fr., 15.11.	Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in den kommunalen Gremien	Grill	Schwaben
Fr., 15.11.	Bürgermeistertraining, Teil I	Stallmeister/ Portele	Mittelfranken

Sa., 16.11.	Gestaltung und Pflege eines Internetauftritts mit dem CMS TYPO3	M. Schmitz	Oberbayern.-Ost
Sa., 16.11.	Sie kandidieren erstmals - was kommt aus Sie zu?	Kleiber	Oberfranken, Creußen
Fr., 22.11.	Bürgermeistertraining Teil II	Stallmeister/ Portele	Mittelfranken
Fr., 22.11.	Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden	Stock	Oberpfalz
Fr., 22.11.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Niederbayern
Sa., 23.11.	Wer fragt der führt - Fragetechniken gezielt einsetzen	Henry	Mittelfranken
Sa., 23.11.	Kommunikationstraining - Präsentationen und öffentlicher Auftritt in der Kommunalpolitik	A. Schmitz	Oberpfalz
Sa., 23.11.	Rhetorik I	Dehler	Oberbayern.-West
So 24.11.	Rhetorik II	Dehler	Oberbayern.-West
Fr., 29.11.	Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur in Städten und Gemeinden	Stock	Unterfranken, Krs. MSP
Fr., 29.11.	Sie kandidieren erstmals - was kommt auf Sie zu?	Kleiber	Oberpfalz
Sa., 30.11.	Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in den kommunalen Gremien	Grill	Oberpfalz
Sa., 30.11.	Multimediale Öffentlichkeitsarbeit	Portele	Niederbayern

Dezember

Fr., 6.12.	Kommunalpolitik für den Nachwuchs - Basiswissen für Neueinsteiger	Kleiber	Mittelfranken
Sa., 7.12.	Teil I, NLP- Was ist das?	Dehler	Niederbayern
So., 8.12.	Teil II, Ausprobieren Reinschnuppern	Dehler	Niederbayern
Fr., 13.12.	Jugendarbeit in der Kommune - Investition in die Zukunft	Ziegler	Oberpfalz
Sa., 14.12.	Soziale Netzwerke-sinnvolle Nutzung und sichere Profile	Vetter	Oberpfalz

Wendelstein/Mittelfranken Luxemburg -

Der Gerichtshof der Europäischen Union

Wendelsteiner Bürgerinnen und Bürger unternahmen eine vom Bildungswerk für Kommunalpolitik geförderte Studienfahrt nach Luxemburg. Nach einem Zwischenstopp in Speyer und einer Führung durch die bewegte Geschichte der betriebsamen Stadt wurde Luxembourg - oder Lëtzebuerg, wie Luxemburg im Moselfränkischen heißt, angesteuert. Die geschichtsträchtige Altstadt von Luxemburg wurde 1994 in die Liste des Weltkulturerbes aufgenommen.

Ziel war dort auch das Europazentrum auf dem Kirchberg-Plateau. Bereits vor den Gründungen der EWG und der EURATOM im Jahr 1957 wurde 1952 die Gründungsakte der EGKS (die hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) als Vorläufer aller heutigen Europäischen Institutionen unterschrieben. Dort befinden sich, neben dem Gerichtshof der Europäischen Union, unter anderem das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments, die Europäische Investitionsbank und der Europäische Rechnungshof. Durch den Dienstleistungssektor und die internationale Zusammensetzung der Bevölkerung -über 60 % der Bevölkerung stammen aus Ländern der EU - ist Luxembourg im wahrsten Sinne des Wortes europäisch oder wie der große Europäer Jean Monnet es formulierte: „Sie hat sich von der Kleinstadt zu einem Treffpunkt Europas entwickelt“. Die Tageszeitung »Luxemburger Wort« ist ein Beleg dafür. Sie berichtet in der gleichen Ausgabe in drei Sprachen: Deutsch, Französisch und selbstverständlich Luxemburgisch.

Der Gerichtshof der Europäischen Union

MEHRTAGESFAHRT NACH LUXEMBURG



im großen Sitzungssaal im EuGH Luxemburg

Hauptprogrammpunkt der Reise war die Besichtigung des Europäischen Gerichtshofs. Die Aufgabe des Gerichtshofs der Europäischen Union besteht seit seiner Errichtung im Jahr 1952 darin, „die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung“ der Verträge zu sichern.

Zu dieser Aufgabe gehört, dass der Gerichtshof der Europäischen Union - die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Organe der Europäischen Union überprüft. - darüber wacht, dass die Mitgliedsstaaten den Verpflichtungen nachkommen, die sich aus den Verträgen ergeben. - auf Ersuchen nationaler Gerichte das Unionsrecht auslegt.

Er ist das Rechtsprechungsorgan der Europäischen Union und wacht im Zusammenwirken mit den Gerichten der Mitgliedsstaaten über

die einheitliche Anwendung des Unionsrechts. Er besteht eigentlich aus drei Gerichten: dem Gerichtshof, dem Gericht (errichtet 1988) und dem Gericht für den Öffentlichen Dienst (errichtet 2004). Diese drei Gerichte haben bisher rund 15.000 Urteile erlassen. Trier, die älteste Stadt Deutschlands wurde im Zuge einer lehrreichen Stadtführung erkundet. Besonders zu erwähnen sei außerdem noch ein zufälliges Zusammentreffen mit dem Vorsitzenden der FWG Trier, Prof. Dr. Hermann Kleber, seines Zeichens als römischer Senator unterwegs, um Gruppen die Geschichte Triers sowie die römischen Baudenkmäler näher zu bringen.

Die Luxemburgische Schlösser- und Burgenzene und auch Idar-Oberstein waren auf dem Heimweg noch einen Abstecher wert.

FW Wendelstein/Redaktion BKB

Neues Angebot für Bürgermeister-Kandidatinnen und -Kandidaten beim Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e. V.

Nicht alle Kandidatinnen /Kandidaten für das Bürgermeisteramt haben praktische Erfahrung in Personalführung, Organisation und im Umgang mit Bürgerschaft und Presse. Andererseits entscheiden die ersten Wochen im Amt darüber, ob „der/die Neue“ im Amt akzeptiert und Vertrauen aufgebaut wird oder Streit und Misstrauen in den nächsten Jahren die kommunale Politik beherrschen. Manche Bürgermeister gestehen sich und anderen ein, dass sie vorher und zu Beginn ihrer Tätigkeit kaum geahnt hatten, was im Amt so alles auf sie zukommt. Deshalb sollten alle, die dieses Amt anstreben, sich gut auf diese Aufgabe vorbereiten – unter anderem mit unserem Seminar. Ein wesentliches Ziel der zweitägigen Veranstaltung ist es, Ihre Kompetenzen genau an den Stellen zu stärken, die erforderlich sind, um mit Menschen sowie deren Erwartungen souverän (!) umgehen zu können. Das gilt sowohl für Ihre Persönlichkeit (u.a. öffentlicher Auftritt, Umgang mit Medien, Menschenführung usw.), als auch für den Bereich der Verwaltungskompetenzen.

Harald Portele und Klaus Stallmeister, beide langjährige Referenten des Bildungswerks

für Kommunalpolitik Bayern e. V., haben ein Seminar entwickelt, das Kandidatinnen und Kandidaten für das Bürgermeisteramt helfen soll, sich auf diese verantwortungsvolle Aufgabe vorzubereiten, sowie neu gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Unterstützung in den ersten Monaten ihrer Amtszeit anzubieten. Hierbei stehen praktische Erfahrung und Ratschläge eines Trainers und Coaches (H. Portele) und eines langjährigen Bürgermeisters (K. Stallmeister) im Vordergrund.

Das Seminar wird an zwei Tagen folgende Themen anbieten:

- Vor der Wahl:
 - Wie bereite ich mich auf dieses Amt vor
 - Wie nutze ich die Zeit bis zum Amtsantritt
- Wie nutze ich die Zeit zwischen Wahl und Amtsantritt:
- Der erste Arbeitstag / die ersten Wochen
- Die tägliche Arbeit im Rathaus / Sitzungsleitung / Öffentlichkeitsarbeit

Bei Interesse wenden Sie sich an den für Ihren Bezirk zuständigen Bildungsbeauftragten des Bildungswerks für Kommunalpolitik Bayern e. V. Redaktion BKB

Zum umstrittenen neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP)

Alexander Muthmann: Eine verpasste Chance für Bayern

München. Mit den Stimmen von CSU und FDP hat der Bayerische Landtag kurz vor Schluss der Legislaturperiode dem neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP) zugestimmt. Darin geht es um viel, denn das LEP soll Auskunft auf die Frage geben, wie sich Bayern in den nächsten Jahrzehnten entwickeln soll. Allerdings ist der von Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) vorgelegte LEP-Entwurf zum Reizthema geworden, weil er nach Ansicht der meisten Experten und Verbände erhebliche Mängel aufweist.

Alexander Muthmann, stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, nennt als Beispiel die viel zu vagen Aussagen zu einer künftigen „bedarfsgerechten“ Schulversorgung. Weiterhin bemängelt er die verklausulierten Sätze zur Versorgung ländlicher Gebiete mit Lebensmittelgeschäften, die von „Kaufkraftabschöpfung“ und „virtuellen Konsumenten“ handeln.

Nur einmal wird die Staatsregierung konkret, allerdings an falscher Stelle, nämlich bei dem Bekenntnis zu einer dritten Start- und Landebahn für den Flughafen München. Die FREIE WÄHLER - Landtagsfraktion hatte aufgrund dieser Mängel in über 40 Änderungsanträgen grundlegende Verbesserungen und die Neukonzeption ganzer Kapitel des Programmes gefordert. Integriert werden sollten insbesondere konkrete Ziele, wie wohnortnahe Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie ausreichende Wohnraumversorgung in Ballungszentren. Außerdem sollte eine flächendeckende Breitbandversorgung und die Verlagerung staatlicher Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen beschlossen werden.

Nur wenige solcher Auflagen wurden aber schließlich vom Landtag beschlossen, so dass das LEP ein Torso geblieben ist. Wie ein Offenbarungseid liest sich ein Änderungsantrag, den CSU und FDP selbst eingebracht haben: Er fordert, das wichtige „Zentrale-Orte-System“ bereits im kommenden Jahr erneut zu ändern. „Besser kann man das Scheitern eigentlich nicht dokumentieren. Dieses LEP taugt nichts, ist nicht fertig und muss neu geschrieben werden“, kommentiert Alexander Muthmann.

Redaktion BKB

ARBEITSTREFFEN IN DER KAPITÄNSKAJÜTE

Nach Regensburg hatte das Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e.V. zum all-

jährlichen Arbeitstreffen eingeladen. Der Bildungsbeauftragte für die Oberpfalz, Harald Portele aus Regensburg, sorgte für einen ungewöhnlichen Tagungsraum; nämlich die Kapitänskajüte des Donau-Schiffahrts-Museums Regensburg auf dem Radzugdampfer RUTHOF/ÉRSEKCSANÁD (Baujahr 1922/23) am Marc-Aurel-Ufer. Vorsitzender Klaus Förster und Bildungsleiter Michael Schmitz leiteten die Dienstbesprechung.



Im Bild v.l.: Waltraud Wellenhofer (Schwaben), Peter Rohrhirsch (Oberbayern-Ost), Klaus Förster (BKB-Vorsitzender, Oberfranken), Gabriele Förster (Geschäftsstelle), Hans Dieter Küchenmeister (Oberbayern-West), Karl Heinz Astner (Niederbayern), Michael Schmitz (Bildungsleiter, Mittelfranken), Harald Portele (Oberpfalz)

Neben organisatorischen Einzelheiten wurde ebenfalls das Bildungsprogramm für das 2. Halbjahr 2013 in groben Zügen erarbeitet. In allen Bereichen der Bildungsarbeit in den bayerischen Bezirken konnte ein positives Resümee gezogen werden.

Gabi Förster